

POLITISCHE PARTIZIPATION JUNGER MENSCHEN MIT MIGRATIONSHINTERGRUND

Katharina J. Becker; Barbara Schramkowski

Zusammenfassung | Menschen mit Migrationshintergrund partizipieren seltener an politischen Aktivitäten als Menschen ohne diesen Erfahrungshorizont. Um deren Engagement sowie mögliche Zugangshürden zu politischer Partizipation zu erforschen, wurden qualitative Interviews mit politisch engagierten jungen Erwachsenen mit Migrationshintergrund geführt. Dabei zeigte sich, dass die Unterstützung von Sozialarbeitern und Sozialarbeiterinnen auf dem Weg zum Engagement eine besondere Rolle spielt und Rassismuserfahrungen eine zentrale Hürde darstellen.

Abstract | In light of the fact that people with a migration background are less likely to be involved in politics than the rest of the population, qualitative interviews were conducted with young people with a migration background who are politically active. The interviews addressed both their involvement and possible barriers to the political system. The findings show that social workers play an important role in paving the way to political engagement, and that experiences of racism were significant barriers.

Schlüsselwörter ▶ Migrant ▶ Jugendlicher ▶ Partizipation ▶ Politik ▶ Demokratie

1 Hinführung | Obwohl sich kaum Unterschiede hinsichtlich des politischen Interesses zwischen Menschen mit und ohne Migrationshintergrund¹ zeigen (Fick u.a. 2014), gibt es im tatsächlichen Engagement deutliche Unterschiede entlang dieser Differenzkate-

¹ Im statistischen Sinne gehören zur Gruppe der Menschen mit Migrationshintergrund alle Personen, die nach Deutschland eingewandert sind, in Deutschland geborene Ausländerinnen und Ausländer sowie alle in Deutschland mit deutscher Staatsangehörigkeit Geborene mit zumindest einem zugezogenen oder als Ausländerin beziehungsweise Ausländer in Deutschland geborenen Elternteil (Statistisches Bundesamt 2017). Gleichzeitig handelt es sich um eine sozial konstruierte Differenzkategorie, nach der Zugehörigkeitsgrenzen zwischen Menschen mit und ohne Migrationshintergrund als homogen gedachte Gruppen immer wieder neu konstruiert werden.

gorie: Während sich rund acht Prozent der sogenannten Einheimischen engagieren, liegt der Anteil politisch aktiver Personen mit Migrationshintergrund zwischen einem und vier Prozent, je nachdem welche Herkunftsgruppe betrachtet wird (ebd.). Dies zeigt sich beispielsweise an einer geringen Vertretung in politischen Parteien, gemessen an der Anzahl der Sitze im Parlament: Während bei den Linken und im Bündnis 90/ Die Grünen zwischen elf und 13 Prozent der Mitglieder einen Migrationshintergrund haben, sind es in der CDU/CSU sowie FDP zwischen zwei und drei Prozent (Mediendienst Integration 2013, Sinanoglu; Volkert 2011). Diese Zahlen sind vor dem Hintergrund zu bewerten, dass rund 21 Prozent der Bevölkerung einen Migrationshintergrund haben, von denen über die Hälfte einen deutschen Pass hat und zu denen immer mehr im Inland Geborene ohne eigene Migrationserfahrung zählen (Beauftragte der Bundesregierung 2016).

Die Zahlen lassen vermuten, dass Zugangshürden die Beteiligung am politischen System erschweren und dazu beitragen, dass Interesse vergleichsweise seltener in Beteiligung umgesetzt werden kann. Somit handelt es sich um ein soziales Problem im Sinne des Gegenstandes der Profession Sozialer Arbeit (Staub-Bernasconi 2012). Gemeint sind Probleme von Individuen beziehungsweise sozialen Gruppen, die eingeschränkten oder keinen Zugang zu zentralen Bereichen der Sozialstruktur (zum Beispiel Bildung, Arbeit und Politik) und hiermit verbundenen Positionen, Gütern sowie Selbstbestimmungsmöglichkeiten der Lebensführung haben. Insofern könnte die Soziale Arbeit für sich den Auftrag zur Analyse von Ursachen der ungleichen Beteiligung und zum Eruiieren von Möglichkeiten der Förderung politischer Teilhabe ableiten. Dies erscheint auch deshalb wichtig, weil politische Partizipation (Wahlrecht, aktive Mitwirkung etc.) es ermöglicht, an Entscheidungen zur Gestaltung sozialer Räume wie die der Kommune mitzuwirken, was auch zur Erweiterung eigener Möglichkeitsräume der Lebensgestaltung führen kann, sowie von sozialen Gruppen, zu denen Verbindungen bestehen.

So kann politisches Engagement auch ein Weg sein, um aktiv gegen Diskriminierungen vorzugehen, von denen Menschen mit Migrationshintergrund in verschiedenen Lebensbereichen, dies sind unter anderem Bildung, Arbeit, Einkommen und Wohnraum, proportional häufig betroffen sind (Schirilla 2016).

Gleichzeitig ist zu bedenken, dass es nicht per se Aufgabe und Interesse von politisch aktiven Personen mit Migrationshintergrund ist, die Beseitigung migrationsbezogener Diskriminierungen in den Fokus ihres Engagements zu stellen. Dies ist eine Aufgabe, für welche die gesamte Gesellschaft Verantwortung trägt.

Im Fokus dieses Beitrags stehen Ergebnisse einer qualitativen Studie, in deren Rahmen drei junge Erwachsene mit Migrationshintergrund zu ihrem politischen Engagement und zu Zugangshürden für Menschen mit Migrationshintergrund zum politischen System interviewt wurden (Becker 2016). Hervorzuheben ist, dass alle drei auf dem Weg zum Engagement Unterstützung von Sozialarbeitern und Sozialarbeiterinnen erfuhren. Vor der Darstellung der Ergebnisse ist noch auf ein mit Sozialer Arbeit in Migrationsverhältnissen einhergehendes Spannungsfeld einzugehen. So erfordert die Analyse der ungleichen Beteiligung die explizite Bezugnahme auf die Kategorie des Migrationshintergrunds als „Platzanweiser“ (Scharathow 2014, S. 46) für strukturelle Positionierungschancen. Dies kann dazu führen, dass intersektionale Perspektiven wenig beachtet und soziale Lebenslagen vorschnell kulturalisierend mit dem Migrationshintergrund und den mit ihm assoziierten, vorrangig negativen Pauschalzuschreibungen erklärt werden (Castro Varela 2013). Somit wird eine in sich heterogene Gruppe (zum Beispiel bezüglich des Alters, Geschlechts und der Interessen) undifferenziert als Zielgruppe konstruiert, die mittels einer sozialarbeiterischen Initiative „besser zu integrieren“ ist, da ihre gesellschaftliche Zugehörigkeit eben nicht als selbstverständlich interpretiert wird (ebd.). Folglich ist hinsichtlich der Förderung politischer Partizipation der Migrationshintergrund gleichzeitig zu fokussieren wie auch zu ignorieren, damit Probleme nicht ausschließlich oder hauptsächlich kulturalisierend auf diese Kategorie zurückgeführt werden, die infolge struktureller Machtverhältnisse gleichzeitig nicht ausgeblendet werden darf. Bedeutsam ist somit der reflexive Umgang mit den sozial konstruierten, kategorisierenden Zuschreibungen und ihren möglichen Auswirkungen auf Lebenslagen betroffener Personen sowie Strategien professionellen Handelns.

2 Zentrale Ergebnisse der qualitativen Interviews | Im Kontext der benannten Untersuchung wurden drei junge Erwachsene mit Migrationshintergrund im Alter von 18 bis 25 Jahren mittels leitfaden-

gestützter Interviews befragt, die in einer politischen Institution (Partei, Gremium etc.) aktiv sind. Ausgewertet wurden die Daten mit einem an die qualitative Inhaltsanalyse angelehnten Vorgehen, das induktive und deduktive Elemente kombiniert (van der Donk u.a. 2014). Im Folgenden wird nach einer kurzen Vorstellung der Befragten und ihres politischen Engagements dargelegt, wie sie hierzu kamen und welche Rolle dabei Sozialarbeitende spielten. Anschließend werden Reaktionen ihres sozialen Umfeldes, Rassistenerfahrungen und Zugehörigkeitsverortung der Befragten sowie weitere, in den Interviews angesprochene Zugangshürden zu politischem Engagement geschildert.

*Antonia*² ist eine 20-jährige Schülerin, die sowohl die deutsche als auch die spanische Staatsbürgerschaft hat. Sie wurde in Deutschland geboren, wohin ihr Vater vor 42 Jahren migrierte; ihre Mutter hat keinen Migrationshintergrund. In Antonias Familie wird vorwiegend Deutsch gesprochen, wobei sie über spanische Grundkenntnisse verfügt. Nach ihrem Engagement im Jugendgemeinderat war sie auf kommunaler Ebene an der Gründung einer Partei beteiligt, die mit einem Sitz im Gemeinderat vertreten ist, und möchte hier zukünftig weiter aktiv sein.

Auch der 19-jährige *Mustafa* besucht die Schule. Er hat die türkische Staatsbürgerschaft, plant aber die Beantragung der deutschen. Er gehört ebenfalls der zweiten Generation an, da sein Vater in den 1970er-Jahren nach Deutschland einwanderte, während seine Mutter ebenfalls keinen Migrationshintergrund hat. *Mustafa* spricht zu Hause gleichermaßen Deutsch wie Türkisch. Er ist im Jugendgemeinderat aktiv und wünscht sich, nach Ablauf der Amtsperiode in den Gemeinderat zu wechseln.

Cem, ein 18-jähriger Schüler, hat die deutsche und die türkische Staatsbürgerschaft inne. Sein Vater kam 1969 aus der Türkei nach Deutschland, seine Mutter ist deutscher Herkunft. In *Cems* Familie wird ausschließlich Deutsch gesprochen, er verfügt nur über geringe türkische Sprachkenntnisse. Er ist ebenfalls Mitglied im Jugendgemeinderat und zum Interviewzeitpunkt dabei, einer Partei beizutreten, mit deren Grundsatzprogramm er sich beschäftigt. Zudem möchte er sich während des anstehenden Studiums hochschulpolitisch engagieren.

² Die Namen der Interviewten wurden geändert.

2-1 Motivationslagen zum Engagement und Unterstützung durch die Soziale Arbeit |

Die Beweggründe der Befragten für das politische Engagement waren unterschiedlich. *Mustafa* reizt an Politik insbesondere die Möglichkeit, Veränderungen bewirken zu können: „Man kann man was erreichen. Also man kann was verändern, seine Interessen durchsetzen.“³ Hinzu kommt, dass sein Bruder, der schon länger im Jugendgemeinderat aktiv ist, auch aus diesem Grund sehr positiv von seiner Tätigkeit berichtet: „Uns interessiert so die krasse Veränderung.“ *Cem* berichtet, dass ihm schon als Kind die Relevanz von Politik durch seine Großmutter nahegebracht wurde: „Meine Oma hat schon immer früh zu mir gesagt, dass Politik wichtig ist.“ Wie *Mustafa* ist er überzeugt, „wenn man etwas bewirken will, dass das über Politik läuft“, dass also politische Partizipation die Mitbestimmung kommunaler Entwicklungen ermöglicht. Konkret motiviert ihn der Wunsch, Jugendlichen eine Stimme zu geben, da kommunale Entstehungsprozesse überwiegend von älteren Menschen dominiert würden.

Hervorzuheben ist, dass in allen drei Fällen Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter aus den Handlungsfeldern Schulsozialarbeit und Jugendarbeit den Weg zum Engagement mit ebneten. So war für das Erwecken des Interesses von *Antonia* und ihr sich anschließendes Engagement die Teilnahme an einer von Sozialarbeitenden organisierten politischen Veranstaltung zur Wahl des Bürgermeisters bedeutsam, die im örtlichen Jugendtreff stattfand und sich vorrangig an junge Menschen richtete: „Also ich war bei so 'nem politischen Abend, wo die Bürgermeisterwahl war, und dann hat mich [ein Sozialarbeiter des Jugendtreffs; die Verfasserinnen] drauf angesprochen, [...], ob ich Lust hätte, und ich hab gesagt, ja voll cool. Bin einfach reingeschlittert. Und dann hat sich das Interesse langsam aufgebaut.“

Mustafa wurde ebenfalls von Sozialarbeitenden aus einem Jugendtreff auf diese Veranstaltung aufmerksam gemacht, an der er auch teilnahm. Zudem wurde er in der Schule vom Schulsozialarbeiter und von Lehrkräften angesprochen, als Freiwillige für den Jugendgemeinderat gesucht wurden, woraufhin er sich dort für ein Amt meldete – auch motiviert durch das Engagement seines Bruders. Darüber hinaus berichtet *Mustafa*, dass er im Kontext dieses Engagements mit Sozialarbeitenden verschiedener Jugend-

treffs kooperiert, was er sehr positiv bewertet: „im [Jugendtreff A] bin ich regelmäßig oder [Jugendtreff B] oder [Jugendtreff C]. Also ich kenn die Betreiber, die das machen. Und ich arbeite richtig gern zusammen mit denen. Weil die machen's auch für die Jugend, und ich mach's auch für die Jugend und gerade weil ich so gut bin mit denen, heißt es immer, die haben 'ne Aktion, könnt ihr Werbung machen bei mir in der Schule?“

Cem, der ebenfalls häufig einen Jugendtreff besucht, sprach dort oft mit einem der Sozialarbeiter über politische Themen, woraufhin dieser ihn auf die Möglichkeit des Engagements im Jugendgemeinderat aufmerksam machte: „Das war durch Zufall, weil halt unser Jugendreferent – ich bin früher immer viel im Jugendtreff unterwegs gewesen – und der hat halt mich darauf aufmerksam gemacht, ob das nichts für mich wär, weil ich mit dem öfters mal Diskussionen gehabt hab über aktuelle Themen oder wie sich die Jugend in der Stadt besser vertreten kann, weil ich schon immer der Meinung war, in so einer Stadt wie Stadt Z., wo alles so ziemlich von der älteren Generation geplant wird, da ist eine jugendliche Stimme, die auch mal sagt, was die Jugend hören will.“ Hier wird auch nochmal deutlich, dass ein zentraler Grund für sein Engagement die Stärkung des Einflusses junger Menschen ist.

So wurden alle Befragten direkt von Sozialarbeitenden auf politische Veranstaltungen und konkrete Möglichkeiten des Engagements aufmerksam gemacht, was wichtig dafür war, dass *Cem*, *Antonia* und *Mustafa* begannen, politisch aktiv zu werden. Dabei hatten die Sozialarbeitenden jeweils das grundlegende Interesse erkannt und Wege aufgezeigt, wie dieses in Engagement umgesetzt werden kann.

2-2 Reaktionen aus dem sozialen Umfeld |

Die Interviewten berichten von positiven Reaktionen auf ihr Engagement, erleben aber auch Desinteresse und Unverständnis. So erzählt *Cem*, dass seine Familie sehr erfreut sei, sich viele seiner Freunde jedoch nicht für politische Themen und seine Aktivitäten interessieren würden. Auch *Antonia* erhält viel Anerkennung und betont zusätzlich die „Nützlichkeit“ des Engagements für Bewerbungen hervor, weil „es sieht auch cool aus im Lebenslauf“. Genauso erlebte sie, dass Personen aus dem Freundeskreis nicht verstehen konnten, dass sie sich für den Gemeinderat aufstel-

³ Zitate ohne Quellenangabe entstammen den Interviewtranskripten.

len ließ. Mehrfach bekam sie Kommentare wie den folgenden zu hören: „Bist du blöd, dich aufstellen zu lassen für den Gemeinderat? Wenn du tatsächlich reinkommst?“ Hintergrund entsprechender Reaktionen war auch, dass im Falle eines Mandates ein großer Arbeitsaufwand befürchtet wurde.

Mustafa beschreibt, dass er in seinem Umfeld auf sehr viel Interesse stößt, wie sich seine Tätigkeit im Jugendgemeinderat genau gestaltet. Dabei fällt ihm auf, dass Personen von seinem Engagement besonders beeindruckt sind, weil er einen Migrationshintergrund hat: „Und wenn auch noch einer kommt, der nicht Deutscher ist und sagt ‚Ja ich bin Sprecher des Jugendgemeinderates geworden‘, dann ‚Oh, wow‘.“ Auch hört er Bemerkungen wie „Wow, du als Türke hast dich in die deutsche Politik so tief eingegesen? Respekt“. Diese Reaktionen, die *Mustafa* als anerkennend erlebt, spiegeln dominante Vorstellungen von Zugehörigkeiten in Migrationsverhältnissen wieder: *Mustafa* wird, obwohl er in Deutschland geboren und aufgewachsen ist und fließend Deutsch spricht, nicht als selbstverständliches Gesellschaftsmitglied angesehen, sondern in erster Linie als „Türke“, dessen Engagement für „die deutsche Gesellschaft“ eben besonders hervorgehoben wird.

2-3 Rassismuserfahrungen und Zugehörigkeitsempfindungen | Die geschilderten Reaktionen auf *Mustafas* Engagement deuten an, dass Rassismuserfahrungen und das hiermit verbundene Erleben einer prekären gesellschaftlichen Zugehörigkeit ein Element seiner Lebenswelt sind. Auch *Cem* berichtet von vielen alltäglichen Rassismuserfahrungen, die er als „Standard“ des schulischen Alltags interpretiert: „Also in der Schule, das ist eigentlich Standard. [...] Das gehört schon dazu, glaube ich.“ Immer wieder hört er abwertende Kommentare, einmal wurde er nachts sogar von „Glatzköpfen“ verfolgt, und durch die „Hetzpropaganda“ rechter Parteien fühlt er sich persönlich angegriffen. *Mustafa* erzählt ebenfalls von verbalen Anfeindungen, die zugenommen hätten, seit er sich einen Bart habe wachsen lassen, der ihn noch stärker als „muslimisch“ markiert.

Sowohl *Cem* als auch *Mustafa* sind der Meinung, dass hier der Grat zwischen Witz und Ernst sehr schmal sei. So stellt *Mustafa* fest: „Am Anfang ist es witzig. Aber in jedem Witz ist ein bisschen Ehrlichkeit, ein bisschen Wahrheit drin. [...] Es gibt andere, die

machen jeden Tag, wenn du in die Schule kommst: ‚Hey Bombenleger. Hast du keine Bomben dabei?‘ Mich nervt’s Gott sei Dank nicht, ich steh da drüber. Aber ich kenn viele, die nervt das.“ So versucht *Mustafa* diese Situationen durch innere Distanzierung zu bewältigen, gleichzeitig stören ihn diese Erfahrungen massiv. So auch Praktiken des racial profilings: Die häufigen Polizeikontrollen führt er auf sein Aussehen, insbesondere seinen Bart zurück. Dass die beiden Befragten türkischer Herkunft gehäuft Rassismuserfahrungen machen, ist auch im Kontext der Zunahme von antimuslimischem Rassismus zu interpretieren (*Hafez; Schmidt* 2015, *Zick; Klein* 2014).

Mit Blick auf die Zugehörigkeitsverortungen der Interviewten, die auch als Bewältigung von Rassismuserfahrungen zu interpretieren sind (*Yildiz* 2016, *Schramkowski* 2007), zeigen sich Divergenzen: *Mustafa* sieht sich sowohl als deutsch als auch türkisch an, was er zum einen damit begründet, dass deutsche und türkische Bräuche gleichermaßen Elemente seines Alltags sind. Zum anderen spielen die skizzierten Erfahrungen eine Rolle, die ihm die fehlende Selbstverständlichkeit seiner Zugehörigkeit aufzeigen: „Ich glaub, das definiert sich davon, wie ich beurteilt werde. Also wenn man sagt ‚Hey, du wirkst voll türkisch‘, oder ‚Du bist voll der Türke‘, dann fühl ich mich türkisch, weil ich damit konfrontiert werde.“ In diesem Zusammenhang hebt er hervor, wie unscharf nationale Kategorisierungen von Zugehörigkeiten in Migrationsgesellschaften sind: „Wie fühlt man sich deutsch? Wann fühl’ ich mich deutsch, wann fühl’ ich mich türkisch? Wie definiert man, wie ich mich fühle?“

Cem, der sich als Deutscher bezeichnet, hebt gleichzeitig seinen „türkischen Kern“ hervor. Dabei habe sein politisches Amt sein Zugehörigkeitsgefühl zu Deutschland gestärkt, insbesondere mit Blick auf die unterschiedliche Umsetzung von Rechtsstaatlichkeit in Deutschland und der Türkei: „Da bin ich froh, dass ich in Deutschland bin, wo wir in einem Rechtsstaat leben, wo jeder sagen kann, was er will. Deswegen sag ich halt, das hat schon ein bisschen was bewirkt [sein Engagement; die Verfasserinnen].“ *Antonia*, die im Interview keine Rassismuserfahrungen anspricht, positioniert sich als Europäerin, setzt also gängige, an nationalen Kategorien festgemachte Zugehörigkeiten außer Kraft, die ihre deutsch-spanischen Bezüge nicht adäquat beschreiben (*Yildiz* 2016). So interessiert sie sich infolge ihrer Mehrfach-

zugehörigkeit neben ihrem politischen Engagement in Deutschland auch für das politische Geschehen in Spanien: „Ich bin da immer so ein Mittelding.“

2-4 Zugangshürden für politische Partizipation von Menschen mit Migrationshintergrund | Fehlende Zugehörigkeitsempfindungen können, wie *Cem* und *Antonia* meinen, eine Ursache für die geringere politische Beteiligung sein. So ist es laut *Cem* ein Hindernis, „dass man sich doch heimatgebunden fühlt [...]. Dass man sich immer noch als Türke, Grieche oder so sieht“. Auch *Antonia* vermutet, „dass vielleicht die Menschen sich nicht heimisch fühlen hier. Und denken, ich geh dann auch nicht wählen hier“. So erleben Menschen mit Migrationshintergrund in verschiedenen Kontexten des Alltags immer wieder, als „anders“ und „nicht (wirklich) zugehörig“ markiert zu werden. Diese machtvollen Praktiken der Unterscheidung erschweren die Entwicklung eines Gefühls von Heimat und Zugehörigkeit zu der Gesellschaft, in welcher sich der Lebensmittelpunkt befindet, in der aber Grenzen ethno-national-kultureller Zugehörigkeiten immer wieder neu erfahrbar sind (*Scharathow* 2014, *Mecheril* 2010).

Mit Blick auf weitere Ursachen für die politische Unterrepräsentation von Menschen mit Migrationshintergrund spricht *Cem* die aus seiner Sicht fehlgeschlagene Integrationspolitik an: „[I]n der Generation von den 60er Jahren, da ist zum Teil in Sache Integration einiges versäumt worden. [...] [I]ch glaub, es hat halt daran gefehlt, die Leute genügend zu integrieren.“ Hier bezieht er sich auch auf die über viele Jahre dominierende politische Haltung, Deutschland sei trotz der faktisch bestehenden Migrationsgesellschaft kein Einwanderungsland – mit der Folge, dass es nur wenige Initiativen für eine aktive, dauerhafte Integrationspolitik gab. Erst mit dem Zuwanderungsgesetz, das ein staatlich finanziertes Integrationsprogramm brachte, kam die politische Anerkennung Deutschlands als Einwanderungsland (*Schirilla* 2016). Hiermit hängt das zweite von *Cem* thematisierte Hindernis zusammen, nämlich fehlende Deutschkenntnisse, die auch mit dem langjährigen Fehlen einer institutionalisierten Sprachförderung zusammenhängen: „Zum Beispiel mein Opa und meine Oma, die sprechen kein Deutsch. Und wenn man kein Deutsch kann, ist es schwer in Deutschland politisch zu partizipieren. Oder auch wählen zu gehen, weil man weiß ja nicht, was man wählt.“

Darüber hinaus wurden als Hindernisse Politikverdrossenheit, fehlendes Wissen bezüglich Teilhabemöglichkeiten und die zum Teil nicht vorhandene deutsche Staatsbürgerschaft benannt, da insbesondere Letztere eine Voraussetzung für die Beteiligung an Wahlen ist. Während EU-Bürger und -Bürgerinnen zumindest auf kommunaler Ebene wählen dürfen, sind Drittstaatenangehörige von allen Wahlen ausgeschlossen und haben lediglich die Möglichkeit, sich an den in einigen Kommunen existierenden Ausländerbeiräten zu beteiligen (*Schirilla* 2016). Der Ausschluss, den ein Teil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund hierzu erfährt, erschwert die Umsetzung politischen Interesses in Beteiligung. Bezüglich der angesprochenen Politikverdrossenheit weist die *Shell-Studie* (2015) aus, dass das Interesse junger Menschen an Politik im Vergleich zu den Vorjahren gestiegen ist und damit auch die Bereitschaft, sich an politischen Aktivitäten zu beteiligen. Gleichzeitig bleibt die Verdrossenheit gegenüber den etablierten Parteien hoch, die folglich nicht vom gestiegenen Interesse profitieren (*Shell Deutschland Holding* 2015). Demzufolge ist es auch mit Blick auf das teilweise fehlende Wissen bezüglich Teilhabemöglichkeiten wichtig, junge Men-



Schreiben, Lesen und Erleben

Praxis und Theorie im Master
„Biografisches und Kreatives Schreiben“

Jetzt für das Wintersemester 2018/19 bewerben!



Alice Salomon Hochschule Berlin
University of Applied Sciences

www.ash-berlin.eu/bks
(030) 99 245 - 332 . bks@ash-berlin.eu

schen (mit und ohne Migrationshintergrund) über Möglichkeiten politischer Beteiligung auch jenseits etablierter Parteien zu informieren und entsprechend heranzuführen. Hier waren im Fall von *Cem*, *Antonia* und *Mustafa* Sozialarbeitende Schlüsselpersonen, die Teilhabeoptionen aufzeigten.

3 Potenziale Sozialer Arbeit zur Förderung politischer Partizipation von jungen Menschen mit und ohne Migrationshintergrund |

Deutlich wird, dass unterschiedliche Faktoren die politische Teilhabe von als mit Migrationshintergrund markierten Menschen erschweren können, wobei Rassismuserfahrungen, integrationspolitische Rahmenbedingungen und hiermit verbundene (fehlende) staatsbürgerliche Rechte (vor allem mit Blick auf das Wahlrecht) zentral zu nennen sind. Daher müssen, um Rückbezug auf das eingangs geschilderte Spannungsfeld zu nehmen, zur Förderung politischer Teilhabe mit dem Migrationshintergrund verbundene Zuschreibungen und Diskriminierungen in bestehenden Machtverhältnissen in den Blick und entsprechende Erfahrungen ernst genommen werden. Die Kategorie „Migrationshintergrund“ ist also bei der Problemanalyse und Entwicklung von Bearbeitungsstrategien zurechnungs- und diskriminierungssensibel zu fokussieren – und gleichzeitig zu ignorieren, denn sie bildet nur ein Element, das Lebenslagen von Menschen beeinflusst. Zudem ist die Befähigung zu politischer Partizipation ein Weg zur Mitgestaltung struktureller Rahmenbedingungen und somit zur Ermächtigung von Menschen (*Böhnisch*; *Schröer* 2007) eine zentrale, im Jugendalter zu bewältigende Entwicklungsaufgabe (*Hurrelmann*; *Quenzel* 2013) und folglich ein wichtiges Ziel in der Arbeit mit jungen Menschen, unabhängig von ihren „Hintergründen“. Diese Aufgabe ist auch wichtig, da infolge der mit dem demografischen Wandel verbundenen Altersverteilung es „[d]ie junge Generation [...] zunehmend schwer [hat], sich gesellschaftspolitisch Gehör zu verschaffen“ (*ebd.*, S. 14).

Von Bedeutung ist auch, dass Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter wichtige Schlüsselpersonen sein können, um Interesse an Politik sowie auch tatsächliches Engagement zu fördern, da sie in verschiedenen Kontexten mit Jugendlichen in Beziehung stehen (zum Beispiel im Jugendtreff und in der Schulsozialarbeit) und durch die Ausgestaltung nonformaler Bildungsangebote Einfluss nehmen können. Dabei gibt es zahlreiche Methoden, um politisches Interesse zu

wecken: Ein vorstellbares Szenario wäre, dass Sozialarbeitende, die erfahren, dass Jugendliche mit der sozialräumlichen Gestaltung unzufrieden sind, unter Einbezug der Kommune eine Zukunftswerkstatt (*Nanz*; *Fritsche* 2012) zum Thema „Gestaltung öffentlicher Plätze“ initiieren. So können Möglichkeiten der Mitgestaltung von Sozialräumen erfahrbar gemacht werden. Darüber hinaus ist es wichtig, junge Menschen in der alltäglichen Arbeit im Stadtteil, in der Schule oder in Freizeiteinrichtungen auf politische Beteiligungsmöglichkeiten aufmerksam zu machen und bei entscheidenden Ereignissen wie einer anstehenden Wahl hierauf abgestimmte Veranstaltungen zu organisieren – wie es die Sozialarbeitenden taten, durch die *Mustafa*, *Antonia* und *Cem* an ihr politisches Engagement herangeführt wurden.

Katharina J. Becker ist staatlich anerkannte Sozialarbeiterin und Sozialpädagogin (B.A.). Sie ist Studentin im Masterstudiengang Soziale Arbeit an der Evangelischen Hochschule Freiburg.
E-Mail: katharina.becker@mibema.de

Professorin Dr. Barbara Schramkowski, Dipl.-Sozialpädagogin (FH), lehrt Sozialarbeitswissenschaft an der Dualen Hochschule Baden-Württemberg in Villingen Schwenningen.
E-Mail: schramkowski@dhbw-vs.de

Dieser Beitrag wurde in einer Double-Blind Peer Review begutachtet und am 28.6.2017 zur Veröffentlichung angenommen.

Literatur

- Beauftragte der Bundesregierung** für Migration, Flüchtlinge und Integration (Hrsg.): 11. Bericht der Beauftragten – Teilhabe, Chancengleichheit und Rechtsentwicklung in der Einwanderungsgesellschaft Deutschland. Berlin 2016 (www.bundesregierung.de/Content/DE/Artikel/IB/Anlagen/2016-12-09-11-lagebericht.html; abgerufen am 14.7.2017)
- Becker**, Katharina: Politische Partizipation von jungen Erwachsenen mit Migrationshintergrund. Bachelorarbeit an der DHBW (unveröffentlicht). Villingen-Schwenningen 2016
- Böhnisch**, Lothar; *Schröer*, Wolfgang: Politische Pädagogik. Eine problemorientierte Einführung. Weinheim 2007
- Castro Varela**, María: Ist Integration nötig? Eine Streitschrift von María do Mar Castro Varela. Freiburg im Breisgau 2013
- Fick**, Patrick u.a.: Integration gelungen? Die fünf größten Zuwanderergruppen in Baden-Württemberg im Generationenvergleich. Ministerium für Integration Baden-Württemberg. Stuttgart 2014
- Hafez**, Kai; *Schmidt*, Sabrina: Die Wahrnehmung des Islams in Deutschland. Religionsmonitor – Verstehen was verbindet. Gütersloh 2015

Hurrelmann, Klaus; Quenzel, Gudrun: Lebensphase Jugend. Eine Einführung in die sozialwissenschaftliche Jugendforschung. Weinheim und Basel 2013

Mecheril, Paul: Migrationspädagogik. Hinführung zu einer Perspektive. In: Mecheril, Paul u.a. (Hrsg.): Migrationspädagogik. Weinheim und Basel 2010

Mediendienst Integration: Abgeordnete mit Migrationshintergrund im 18. Deutschen Bundestag. Recherche vom 27.9.2013 mit Aktualisierungen vom 15.10.2013, S. 2 f.

Nanz, Patrizia; Fritsche, Miriam: Handbuch Bürgerbeteiligung. Verfahren und Akteure, Chancen und Grenzen. Bonn 2012

Scharathow, Wiebke: Risiken des Widerstands. Jugendliche und ihre Rassismuserfahrungen. Bielefeld 2014

Schirilla, Nausikaa: Migration und Flucht. Orientierungswissen für die Soziale Arbeit. Stuttgart 2016

Schramkowski, Barbara: Integration unter Vorbehalt. Perspektiven junger Erwachsener mit Migrationshintergrund. Frankfurt am Main 2007

Shell Deutschland Holding (Hrsg.): Jugend 2015. Eine pragmatische Generation im Aufbruch. Frankfurt am Main 2015

Sinanoglu, Cihan; Volkert, Daniel: Politische Partizipation und die Präsenz von Menschen mit Migrationshintergrund in den Räten deutscher Großstädte: Vielfalt oder Einfalt? In: Heinrich-Böll-Stiftung (Hrsg.): Politische Partizipation & Repräsentation in der Einwanderungsgesellschaft. Berlin 2011

Statistisches Bundesamt: Migrationshintergrund. Glossar. In: www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesellschaftStaat/Bevoelkerung/MigrationIntegration/Glossar_MigrationIntegration.html; abgerufen am 14.7.2017

Staub-Bernasconi, Silvia: Soziale Arbeit und soziale Probleme. Eine disziplin- und professionsbezogene Bestimmung. In: Thole, Werner (Hrsg.): Grundriss Soziale Arbeit: Ein einführendes Handbuch. Wiesbaden 2012

van der Donk, Cyrilla u.a.: Praxisforschung im Sozial- und Gesundheitswesen. Bern 2014

Yildiz, Miriam: Hybride Alltagswelten. Lebensstrategien und Diskriminierungserfahrungen Jugendlicher der 2. und 3. Generation aus Migrationsfamilien. Bielefeld 2016

Zick, Andreas; Klein, Anna: Fragile Mitte – feindselige Zustände: rechtsextreme Einstellungen in Deutschland. Bonn 2014

ALLGEMEINES

Anstieg der Mehrfachbeschäftigung. Nach Informationen der Bundesagentur für Arbeit hat sich die Anzahl der Mehrfachbeschäftigten innerhalb von zehn Jahren um rund eine Mio. auf 3,2 Mio. erhöht. Zirka 2,7 Mio. Personen (Stand vom März 2017) gehen gleichzeitig einer sozialversicherungspflichtigen und einer geringfügigen Tätigkeit nach. Über 260 000 Menschen arbeiteten ausschließlich im geringfügigen Bereich. Mit etwa 10 % sei der Anteil der Mehrfachjobber in Baden-Württemberg und Bayern besonders hoch. Beobachten könne man auch, dass jeder fünfte Beschäftigte in Deutschland in einem atypischen Arbeitsverhältnis stehe, womit befristete oder Teilzeitsjobs, geringfügige Beschäftigungen und Zeitarbeit gemeint sind. Um den in der Erwerbsphase liegenden Ursachen der Altersarmut entgegenzuwirken, empfiehlt der Sozialverband VdK eine Anhebung des Mindestlohns auf mindestens zwölf Euro und eine Eindämmung der prekären Beschäftigungsverhältnisse. *Quelle: VdK Zeitung November 2017*

StiftungsReport. Entwicklungszusammenarbeit: Wie Stiftungen weltweit wirken. Hrsg. Bundesverband Deutscher Stiftungen. Selbstverlag. Berlin 2017, 134 S., kostenlos *DZI-E-1849*

Als zivilgesellschaftliche Akteure leisten deutsche Stiftungen einen bedeutenden Beitrag zur Entwicklungszusammenarbeit in aller Welt. Bezug nehmend auf die von den Vereinten Nationen im Jahr 2015 verabschiedeten Ziele für nachhaltige Entwicklung als Referenzrahmen für entsprechende Aktivitäten widmet sich dieser aktuelle Stiftungsreport dem internationalen Engagement dieser Einrichtungen. Zu Beginn werden dahingehende Zahlen, Daten und Fakten vorgestellt, wobei unter anderem auch die soziodemografischen Merkmale der Stiftenden und deren Motive Beachtung finden. Im Weiteren folgen Hinweise zu den Methoden, die Stiftungen bei ihren Auslandstätigkeiten einsetzen, zu den Kooperationen mit Staat und Wirtschaft, zur Wirkungsmessung und zur Evaluation. Zudem enthält der Bericht zahlreiche Good-Practice-Beispiele, vier Interviews sowie Tipps zu den Qualitätsstandards der Inlandsarbeit und des Globalen Lernens. Ein Verzeichnis von Internetadressen der erwähnten Stiftungen erleichtert eigene Recherchen im Web.

Forschungsprojekt zu Schwerbehindertenvertretungen. In einem von der Hans-Böckler-Stiftung geförderten Forschungsprojekt untersucht die Universität Köln in Kooperation mit der Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie und Energie das Tätigkeitsspektrum der Schwerbehindertenvertretungen (SBV). Ermittelt werden soll, mit wem die SBV innerhalb und außerhalb des Betriebs zusammenarbeiten, um zur Aufrechterhaltung der Beschäftigungsfähigkeit schwerbehinderter Menschen beizutragen. Im ersten Schritt wird seit September dieses Jahres eine Online-Befragung durchgeführt, an der die